

erscheint an jedem Werk- tag, Beschlüssen nehmender Ämter und Postämtern und Postämtern eintragen.

Bezugspreis im Juli 1923: 8000.— und Teilerlöse. Einzelnummer 400.—

Werbung: 2000.— für die tägliche Seite aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum bei einmaliger Einrückung 4100.—, Familienanzeigen, 1000.—, bei mehrmaliger Abgabe nach Tarif. Bei gerichtl. Beschlüssen u. Konturufen ist der Rabatt fünfzigprozentig.

Der Gefellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Gründet 1829 Montag, den 23. Juli 1923 Jahrgang No. 28. Jährlicher Preis 120.—

Verbreitete Zeitung im Oberamtsbezirk. — Anzeigen sind dabei von bestem Erfolg.

Telegramm-Adresse: Gesellschaft Nagold.

Postfachkonto: Stuttgart 5115.

Nr. 169 Montag, den 23. Juli 1923 97. Jahrgang

Tagespiegel

Die in Italien aufgelegte Quote der österreichischen Föderationsanleihe von 200 Millionen Lire ist ungefähr 6 mal überzogen worden.

In Griechenland ist am Sonntagmorgen zu Lebensmittelunruhen gekommen. Die Massen drängen in einzelne Lebensmittelgeschäfte ein und erzwingen Herabsetzung der Preise.

Der französische Minister für öffentliche Arbeiten ist mit Bergwerksfachleuten im Ruhrgebiet eingetroffen, um Maßnahmen zur Ausbeutung der deutschen Steinkohlen anzuordnen. Bei der Einweihung eines Kriegerdenkmals in Völs-Cottler hat Poincaré eine Rede, die auf den englischen Auswärtigen Bezug nahm.

In Japan ist man aufs peinlichste erkrankt, daß England in Singapur einen starken Flottenstützpunkt schaffen will. Die japanischen Zeitungen fragen, ob das mit dem Washingtoner Flottenabstufungsvertrag vereinbar sei.

Curzon der Zauderer

Von einem Außenpolitiker

Warum Poincaré jede Gelegenheit benutzt, um eine baldige und vernünftige Lösung des Entschädigungsstreits zu verhindern, das weiß man: Er wartet auf das Zusammenbrechen des Ruhrwiderstandes, auf den Abfall der Rheinlande, auf einen deutschen Bürgerkrieg. Aber warum England keine Antwort auf das letzte deutsche Angebot seit dem 7. Juni von Tag zu Tag verzögert hat und heute noch verschleppt dieses Geheimnis ist schwer zu ermitteln.

Und immer neue Rätsel tun sich auf! Warum ist der Kommissarsbescheid über den Entwurf einer Antwort abermals am einen Tag verschoben worden? Die einen sagen, Lord Curzon wollte den Ministern Gelegenheit geben, seine Einwände — es handelt sich sowohl um die Note an Deutschland als auch um die Begleiterschriften an die Verbündeten und an Amerika — jeder jedes einzelne im stillen Kabinett zu prüfen. Aber dazu war schon seit fast einer Woche Zeit gegeben. Die anderen sagen, im Punkte der passiven Widerstands seien der Regierung Baldwin neue Bedenken gekommen.

Tatsächlich hatte Lord Curzon noch am Mittwoch nachmittag eine längere Unterredung mit dem deutschen Botschafter Eshamer und soll dabei nochmals alle wichtigen Fragen, die sich aus dem passiven Widerstand ergeben, erörtert haben. Dann wieder fand eine längere Besprechung zwischen Curzon und Baldwin statt. Doch auch dies erklärt nicht den Ausschub. Schließlich erscheint schon die Annahme, die englische Regierung habe den Erfolg der Brüsseler Besprechungen des polenwärtigen Ministers Benazet abwarten wollen. Es handelt sich also immer noch um die Bemühungen Englands, die Verbündeten für eine gemeinsame Antwort an Deutschland zu gewinnen. Mit anderen Worten: England, das sich in seinen letzten Schritten so stark und selbständig gab, ist durch die französische Gegenarbeit wieder geritten. Es ist zu neuen Zugeständnissen an Frankreich bereit.

Dazu braucht es aber die belgische Vermittlung. Die Pariser Presse spricht bereits mit Eifer und Abseht davon, daß die belgischen Minister Theunis und Jaspar in den ersten Tagen der nächsten Woche nach Paris kommen, um sich mit Poincaré über die französisch-belgische Stellungnahme zu dem englischen Antwortentwurf zu unterhalten. Wie denken aber die beiden belgischen Minister über den Fall und seine endlose Verschleppung? Aus Brüssel werden Meinungsverschiedenheiten innerhalb des dortigen Kabinetts gemeldet. Theunis, der Ministerpräsident, hält nach wie vor das enge Bündnis mit Frankreich für die wichtigste Grundlage der belgischen Politik. Die katholische „Globe Belge“ aber, das Organ des Außenministers Jaspar, fährt in ihrem Feldzug für die Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zu England fort. So ringen also auch zwei Seelen in der belgischen Brust, und was bei dieser Zwiespältigkeit herauskommt, ist nur wieder neuer Ausschub, neue Verzögerung.

Wie stellt man sich denn in London, wo man alle diese Abmachungen geduldig abwarten will, überhaupt den weiteren Gang der Dinge vor? Einen vollen Monat brauchte die britische Regierung, um im Parlament eine Erklärung abzugeben, worin die Notwendigkeit betont wurde, die deutsche Note so rasch wie möglich zu beantworten. Dann begannen die Ministerberatungen über den Entwurf einer Antwort, die belgische nicht etwa gleich Deutschland übergeben, sondern Frankreich und den anderen Verbündeten zur Zustimmung überreicht werden soll, einer Zustimmung, von der noch der derzeitigen Lage der Verhältnisse nicht abzusehen ist, daß sie erteilt werden wird.

Auf die Beratung der Grundlagen des vorläufigen Entwurfs folgte die noch ängstlicher zögernde Abfassung des endgültigen Entwurfs. Von Ministerrat zu Ministerrat wurden diese Verhandlungen vorgenommen. Ist der englische Entwurf endlich in Paris, so beginnt Poincaré sein Spiel damit, er wird die englische Art des Hinziehens begünstigt nachahmen. Da Paris, die dadurch entsteht, wird von den französischen Generalen an Rhein und Ruhr gebührend ausgefüllt werden. Wenn England endlich wirklich in die Lage kommen sollte, das

zu tun, was es eigentlich zunächst vorhatte, nämlich Deutschland eine Antwort zu geben, ist das politische und wirtschaftliche Trümmerfeld beim deutschen Schuldner vollkommen. Weder der Völkerbund, noch Amerika, noch irgend eine Kommission und Konferenz kann das Unheil, das dann hereinbricht, verhüten. Ist das Curzon, dem Zauderer noch nicht klar geworden?

Der Friede von Lausanne

Sieger Ismet.

Am Dienstag, 24. Juli wird im Festsaal der Universität zu Lausanne voraussichtlich der türkische Frieden feierlich unterzeichnet werden. Es ist nicht einfach der türkisch-griechische Vertrag, sondern es ist der Abbruch der türkisch-griechischen Verträge, sondern es ist der Abbruch der türkisch-griechischen Verträge von Ezeres. Jener Porzellanvertrag brach in Stücke, als Kemal seinen Siegeszug gegen Weizen antrat. Ihren Siegeszug hielten die Türken am 2. Oktober 1922 ein, als ihnen Franklin Bouillon im Namen Frankreichs versprach, daß die Mächte in Bithynie eintreten und dauerhaften Frieden zustande bringen würden. Es folgte der Waffenstillstand von Mudania, und dann wurde in Lausanne verhandelt.

Die erste Konferenz schloßerte an den wirtschaftlichen Bedingungen. Die Türkei behauptete mit Recht, daß die wirtschaftlichen Bestimmungen um ihre Unabhängigkeit gebracht werden sollten. Sie sah es als bedauerlich an, wie unersättliche wirtschaftliche Bedürfnisse die Handhaben zu immerwährenden Eingriffen gaben. Eine solche Entschädigungspolitik wollte sie sich nicht ansehen. Die wichtigste Bedingung ging dahin, daß die Zinszahlungen der alten türkischen Staatsschuld in Gold geleistet werden sollten. Ismet Paşa, der ausgezeichnete Sachwalter der Türkei, hat dem Hauptgläubiger, nämlich Frankreich, Kargo, macht, daß die Zinsen der türkischen Schulden, wenn überhaupt, so nur in Papierfranken gezahlt werden können. Die Zinszahlungen in Gold würden drei Viertel aller Einnahmen der Türkei verzehren, sind also unausführbar. Außerdem könne ja Frankreich selber seine Geldschulden nur in entwerteten Papierfranken verzinsen.

Somet, der tapfere General, hat auf dem diplomatischen Schachbrett gestellt, allerdings mit englischer Hilfe, aber die französische Niederlage ist fast vollständig. Die Türkei wird in Papier zahlen. Nur mit Mühe ist durch ihren künftigen Kredit wird sie versuchen, die Zinsen durch Erhöhung der Einnahmen aus Zöllen und Steuern zu vergrößern. Das Wichtigste: Die Gläubigerstaaten können bei späteren Verhandlungen kein Nachtmittel mehr in die Waagschale werfen. Denn das Druckmittel der englischen Garnison in Konstantinopel wird aufgehoben. Ebenso wird kein Druck mehr in der Frage der europäischen und amerikanischen Wirtschaftsgerechtigkeit zu mehr ausgeübt werden können. Diese Frage ist aus dem Friedensvertrag herausgehoben und dem Streift der Mächte untereinander überlassen.

England will auf keinen Fall den Gerichtssozialismus der französischen Kapitalisten spielen. Dies hat zum Sieg der türkischen Forderungen auf militärpolitischem Gebiet geführt. Die drei Verbündeten, England, Frankreich und Italien mußten sich bereit erklären, sobald Konstantinopel und Gallipoli von ihnen geräumt sei, also sechs Wochen nach der Bestätigung des Friedensvertrags durch die Ungarregierung, auch ihre Kriegsschiffe aus den türkischen Gewässern zurückzuziehen. Türkische Kriegsschiffe, darunter die „Göeben“, „Romana“ und „Munkion“ werden den Türken zurückgegeben! Nur eine Klausel besteht: Die Türkei „läßt die Mächte ein“. Je einen Kreuzer und je zwei Torpedoboots bis zum Schluß des Jahres 1923 in den türkischen Gewässern zu belassen, bis das Meerengenabkommen in Kraft getreten ist. Diese Klausel heißt nahe wie ein Einlaß der Türkei aus, bedeutet aber in Wahrheit einen meisterhaften Schachzug Somets, der auf diese Weise, wiederum mit Hilfe Englands, die französische Kammer zwingt, die Bestätigung des Meerengenabkommens und damit des ganzen Friedensvertrags nicht etwa nach Poincaré'schem Muster zu verschleppen.

Der „Paşa“, wie man Ismet allgemein nennt, hat mit allen Künsten der alten und neuen Diplomatie geflegt. Entweder hätte er auf dem einen Ohr nicht, wenn General Pellé seine französischen Ultimatumdrohungen vordrückte. Oder er drohte mit einem türkisch-griechischen Sonderfrieden. Diesen unheimlichen freundlichen Mann, der so gar nicht wie ein kriegerischer General aussieht, imponierten die militärischen Drohungen Frankreichs durchaus nicht. Der englische Vertreter Sir Horace Rumbold und der Italiener Montagne stehen im Schlachtfeld als seine Bundesgenossen gegen Frankreich da. — Einen solchen Unterhändler könnte Deutschland brauchen!

Regnes an die Deutschen

Es ist ungemein lehrreich, sich von Zeit zu Zeit zu vergewissern, wie der Teil des Auslands, dessen Meinung für uns augenblicklich am wichtigsten ist, über die Deutschen denkt. In England ist unzweifelhaft eine Meinung im Wachsen, aus der Deutschland einmal wirklichen Nutzen ziehen könnte. Auch der Engländer, der ein Gegner der Ruhr-

Besetzung ist, denkt dabei wenig an den schändlichen Vertragsbruch und die unsäglichen Leiden einer arbeitslosen Bevölkerung. Er sagt sich, die Franzosen wollen eben ihre „Rache“ haben für den „Eindbruch“ der Deutschen. Das damals Krieg war und jetzt Frieden sein soll, dieser kleine Unterschied kümmert ihn wenig, da er eben nur Deutschland und nicht England betrifft. Daneben aber beginnt doch eine Meinung hochzukommen, die der Sache an die Wurzel will. Der langjährigere Leiter des Auslandsamts der deutschen Studentenschaft berichtete im Akademisch-sozialen Verein der Universität Leipzig fesselt über die mehrwöchige Oxfordreise deutscher Studenten, deren Führer er war. Walter Zimmermann hob dabei mit Recht ein Erlebnis in der „Union“ der Oxford-Studenten hervor, das ihm starken Eindruck gemacht habe. In der Erziehung des Engländer spielt die Kunst der Aussprache eine wichtige Rolle. Am Schluß des Semesters nun veranstaltet die „Union“ eine Art von Vorführung auf dem Parlament; es wird eine Streitfrage vor allgemeinem Interesse zur Erörterung gestellt, und eine von den „großen Kanonen“ des Parlamentarismus dazu eingeladen. Das Leitwort, das heuer in Anwesenheit der deutschen Studenten verhandelt wurde, lautete, daß „nach der Meinung dieses Hauses der Vertrag von Versailles bar aller Grundsätze der Weisheit und Gerechtigkeit“. Vertreter des Vertrags war Herr David Lloyd George's Person, der sich der Einladung nicht wohl hatte entziehen können. Der liberale Abgeordnete W. R. R. Pringle begründete das Leitwort, indem er den Urhebern der Vertragsverletzung Wortbruch vorwarf und das namentlich damit begründete, daß man den Deutschen nicht nur die Zahlung einer Kriegsschuldung, sondern widerrechtlich auch die Pensionen ausbezahlt habe. Lloyd George verteidigte „seinen“ Vertrag mit allen Mitteln seiner glänzenden Dichtkunst, indem er die Lansing-Note vom 5. November 1918, die uns den Wilson-Frieden zusicherte, in welchem Augenblick, als sei sie nie abgelehnt worden. Er hatte unfruchtbar großen Erfolg und starken Beifall. Dennoch stimmte bei der Abstimmung von 1000 Mitgliedern der „Union“ 450 für die These, die dem Versailler Vertrag jeden Grundsatz der Weisheit und Gerechtigkeit absprach. Das scheint ein bemerkenswertes Ergebnis zu sein, das immerhin Hoffnungen für die Zukunft Raum läßt.

Zimmermann hat unter anderen hervorragenden Männern des öffentlichen Lebens Englands auch V. M. Keynes gesprochen. Keynes hat ihm, als Abschluß der Unterredung, gewissermaßen eine Botschaft an die Deutschen aufgetragen, die weiter bekannt zu werden verdient: „Ich bin der Ansicht, daß Deutschland sehr wohl, auch ohne fremde Hilfe, noch auf absehbare Zeit lebensfähig ist. Eine lebensfähige Wirtschaft braucht allerdings durchaus nicht eine leberfähige Wirtschaft und damit eine Wirtschaft zu sein, die auswärtige Schulden bezahlen könnte. Es gibt jedenfalls nichts Unmögliches, als wenn deutsche Zeitungen behaupten, daß Deutschland, wenn ihm nicht Hilfe von außen komme, in kürzester Zeit zusammenbrechen werde. Abgesehen davon, daß derartige Behauptungen unzutreffend sind, rufen sie nur eine Verstärkung des französischen Drucks hervor.“

Voraussetzung dafür, daß Deutschland am Leben bleibe, ist allerdings eins, und das sagen Sie bitte allen, die Sie fragen, was ich über Deutschland denke. Ich finde, daß es kein so machvolles Schauspiel gibt, als das Deutschland in seiner inneren Zerrissenheit der Welt bietet. So lange Ihre politischen Parteien nicht lernen, sich in erster Linie als Deutsche und erst in zweiter als Partei zu fühlen, so lange sie ihre Zwistigkeiten nicht in dem Bewußtsein austragen, Angehörige des gleichen Volks zu sein, so lange ist es schlecht bestellt um Deutschland. Deutschland muß lernen, sich unter dem Leitstern einer großen, außenpolitischen Idee zu einem einzigen Volk zusammenzufügen. Dann wird es lebensfähig sein. Dann wird es ein Faktor sein, mit dem man rechnen kann. Und dann wird es vielleicht auch auf Hilfe von außen rechnen dürfen.“

Neue deutsche Vorschläge werden von Poincaré mit Hohn zurückgewiesen

Paris, 22. Juli. Der „Matin“ weist (halbsamisch) auf die Unterredungen des deutschen Botschafters Eshamer mit Lord Curzon hin. Eine Londoner Meldung habe angekündigt, daß die deutschen Vorschläge glatt befehligt worden seien. Man verstehe den Zweck der Meldung. Poincaré habe bestimmt erklärt, daß er sich zu keinen mittelbaren Verhandlungen mit Deutschland herbeie und keine Vermittlung einer anderen Regierung dulde. Wenn die Engländer Vorschläge bezüglich der Räumung des Ruhrgebiets zu machen hätten, so müssen sie als englische Gedanken ausgegeben werden. Die erfindertischen Deutschen scheinen eine Willensausübung bei den Engländern versucht zu haben: das Ruhrgebiet solle ohne weiteres geräumt werden, dann werde der passive Widerstand eingestellt. Als sie sich damit in London eine Abfuhr holten, haben sie den Referatvorschlag vorgebracht, daß die Besatzungstruppen im Ruhrgebiet als Beauftragte eines Völkerbunds zu betrachten seien in den Deutschland aufzunehmen sei. Die Überwachung so nach der Art des Saargebiets auszuüben, doch müsse Deutschland dazu einen Eid haben. Die Deutschen haben aber ein

gegeben, daß eine derartige Ueberwachung zurzeit noch verfrüht sei. Es sei indessen möglich, daß Frankreich später einmal, wenn die Entschädigung erledigt sei, eine Ueberwachung durch den Völkerbund zulassen werde, die sich aber auf das ganze Deutsche Reich erstrecken würde, um künftige Kriegsvorbereitungen zu verhindern. Aber eine derartige Einmischung in einem Gebiet, das Frankreich als Pfand genommen habe, werde die französische Regierung niemals zulassen, bis der letzte Pfennig bezahlt sei. Nun haben sich die Deutschen auf die dritte Linie zurückgezogen mit dem weiteren Vorschlag, sie wollten mit der Besetzung des Ruhrgebiets sich einverstanden erklären (!), wenn sämtliche Verbündete, also auch Engländer und Italiener daran teilnehmen. Die im Ruhrgebiet angewandten Maßnahmen, sähe der „Matin“ fort, werden sich aber nur ändern, wenn die Haltung der Deutschen sich vollkommen geändert habe, nicht durch geschriebene Befehle der deutschen Reichsregierung, sondern an Ort und Stelle durch die Haltung der Bevölkerung.

Diese ohne Zweifel von Poincaré selbst ausgehenden Auffassungen des „Matin“ scheinen durch ein Londoner Reuters Telegramm vom 21. Juli bestätigt zu werden, in dem gesagt wird:

In London ist ein amtliches Telegramm aus Berlin eingetroffen, in dem wiederholt erklärt wird, keine deutsche Regierung kann ohne „gewisse Sicherheiten“ von dem passiven Widerstand abgehen. Es sei unrichtig, daß Großbritannien erwidert worden sei, die französische Regierung zu einem anderen Vorgehen zu veranlassen. Es bestehe Grund zu der Annahme, daß Deutschland an der Verständigung mitwirten wolle, wenn die Besetzung etwa in drei Stufen zurückgezogen würde, wogegen Deutschland einwandfreie Sicherheiten geben würde. Zuerst solle die deutsche Zollverwaltung im Ruhrgebiet wieder zugelassen und den Ausgewiesenen die Rückkehr gestattet werden. Essen könne von den Franzosen besetzt bleiben (!). Die Reichsregierung werde alle Schritte tun, um das deutsche (privat) Barvermögen und die Industrie zu verpfänden. Darauf, wenn die Franzosen sich aus Essen zurückziehen würden, würde Deutschland Schuldverschreibungen auf die deutschen Eisenbahnen der Entschädigungskommission übergeben. Diese und auch verschiedene andere Anregungen seien vorerst noch nicht verbindlich gemacht worden.

Neue Nachrichten

Die Erhöhung der Beamtenbezüge

Berlin, 22. Juli. Die Verhandlungen über die Bezüge der Reichsangehörigen und Arbeiter für die zweite Jahreshälfte kamen zum Abschluß. Der Lohnsatz beträgt ab 17. Juli für die Ortsklasse A für gelehrte Arbeiter in der 3. Woche 14 77 Mark für die Stunde, in der 4. Woche 18 057 M für die Stunde. Der Stundenlohn für ungelernete Arbeiter beträgt in der 3. Woche 13 839 M und in der 4. Woche 16 914 M. Für die Beamten und Reichsangehörigen wird der Feuerungspreis ab 17. Juli 574 u. h. betragen. Die Frauengulde wurde für die zweite Monatshälfte verdoppelt.

Wertbeständige Erwerbslosenunterstützung in Berlin

Berlin, 22. Juli. Der Magistrat hat die Erwerbslosenunterstützung um 60 Prozent erhöht. Der Erwerbsloserrat verlangt die Auszahlung wertbeständiger Unterstüzungen, wenn die Löhne wertbeständig gestiegen werden. — In der Berliner Handwerkskammer wurde mitgeteilt, daß im Klein- und Gewerbe zahlreich Arbeiter gekündigt werden, da die handwerkmeister wertbeständige Löhne nicht bezahlen können ohne entsprechende Bezahlung der geleisteten Arbeit durch die Kunden.

Acamotte in Niederschlesien

Breslau, 22. Juli. Die streikenden Landarbeiter haben, durch Sendboten verhebt und durch Gefindeln verstärkt, schwere Ausschreitungen begangen. Der Oberpräsident hat über Stadt und Landkreis Breslau den verschärfsten Ausnahmezustand verhängt. In den Kämpfen auf den Wäldern sind mehrere Wälder um Boden gekommen, mehrere hundert wurden gefangen genommen. Der Ausschank von Branntwein in den Schankwirtschaften wurde verboten. In Breslau wurden durch Wälder und Verwüstung von Verkaufsstellen schwerer Schaden angerichtet.

Zeegefahren

Hamburg, 22. Juli. Kaufmann Karl Ehrhardt hier, der Besitzer des Kapitans Ehrhardt, ist wieder aus der Haft entlassen worden.

Tagung des Stahlhelmbunds

München, 22. Juli. Im Anschluß an das Turnfest veranstalteten die in München anwesenden Mitglieder des Stahlhelmbunds eine große Kundgebung auf einem Festabend, dem viele tausend Personen amsohnten. Ministerpräsident v. Kulling erklärte in einer Ansprache, er habe aus seiner aufrichtigen Hochachtung des Stahlhelmbunds nie ein Hehl gemacht, so sehr es ihm von gewisser Seite verübelt worden sei. Die bayerische Regierung habe an der Lauterkeit der Bestrebungen des Bunde nie gezwelt. General Ludendorff, mit ungeheurer Jubel begrüßt, sagte, nur der Geist der Frontkämpfer könne das deutsche Vaterland retten.

München, 22. Juli. Der Haushaltsausschuß des bayerischen Landtages beschäftigte sich u. a. mit der Uebernahme der Anstalt (die weltberühmte Sammlung alter und neuer Bildhauerwerke) in München durch den Staat. Die Einnahmen von 1,5 Mill. M. und Ausgaben mit rund 28 Mill. M. wurden genehmigt und die angeforderten Stellen bewilligt. Weiter forderte das Kultusministerium für das Deutsche Museum einschließlich der bereits bewilligten 142 Millionen 1.482 Millionen. Das Reich wird sich ebenfalls mit einer Milliarde beteiligen. Der Ausschuß stimmte zu.

Der Streit zwischen Reichsbank und Hochfinanz

ist beigelegt worden. Es wurde bekannt, daß sich die Kölner Banken gegen die angeordnete Unterbindung des Wechselkontos erklärt haben. Aber es wurde betont, daß für das besetzte Gebiet an eine Einstellung der Wechselkontierung nicht gedacht worden sei. Aber auch für das übrige Deutsch-

land ist auf die Einstellung der Wechselkontierung verzichtet worden, nachdem sich die Banken wiederholt dafür eingesetzt hatten, daß bei Ausführung von Devisenkauftträgen für vorherige bare Dedung gesorgt werden solle. Im übrigen sollen bei der Zuteilung von Devisen verschiedene Industriezweige bevorzugt werden, so die Beschaffung von Fett sowie Rohstoffen für die Textilindustrie.

Vom Ruhrkrieg

Schredensherrschaft

Esler, 22. Juli. Als die 100 Eisenbahner mit etwa 400 Angehörigen aus dem benachbarten Ort Zewen ausgewiesen wurden, weil angeblich ein französischer Soldat verprügelt worden sei, verlangte die französische Behörde vom Ortsvorsteher, daß alle Möbel der Ausgewiesenen an eine bestimmte Stelle gebracht werden sollten. Der Ortsvorsteher weigerte sich und wurde verhaftet. Auch die übrigen Ortsbewohner weigerten sich, die Möbel fortzuschaffen. Darauf drohten die Franzosen, daß die ganze Einwohnerschaft ausgewiesen und der Ort völlig ausgeräumt werde.

Da die Stadt Dierfeld (Rheinpr.) die ihr wegen eines angeblichen Sprengungsanschlags auferlegte Strafe von 100 Millionen Mark nicht bezahlen konnte, ließ die Besatzungsbehörde Gegenstände aus städtischem und privatem Besitz im Wert von 253 Millionen Mark plündern.

In Datteln wurde ein französischer Soldat von einem andern Franzosen erschossen.

General Degoutte erhöhte die Strafe auf jede Uebersetzung der französischen Zollvorschriften auf 100 Millionen Mark und 5 Jahre Gefängnis neben Beschlagnahme der ausgeführten Waren und der benutzten Wagen um.

Frankfurt a. M., 21. Juli. Die Franzosen haben heute früh den Block Hancker zwischen Ködelheim und Weißkirchen der Straße Frankfurt-Wingen besetzt. Den Zugverkehr durch A. u. S. freieren der Schienen unterbunden und sich darauf zurückgezogen. Auf jeden, der sich der Sperrstelle näherte und sich dort zu schaffen machte, folgte ohne Anruf geschossen werden. Der Zugverkehr auf der Strecke Frankfurt-Wingen-Homburg ist damit stillgelegt.

Verarmung des Raubs

Düsseldorf, 22. Juli. Die französisch-belgische Besatzungsbehörde veranstaltet wieder einen Massenverkauf der von der französisch-belgischen „Zollbehörden“ im besetzten Gebiet „beschagnahmten“ Warenbestände, die zu billigsten Preisen in größeren Posten verkauft werden sollen. In den Ausschreibungen werden aufgeführt: „Bedwaren aller Art, Lederwaren, Baumaterialien (die man scheint zum „Wiederaufbau“ nicht braucht), Kraftwagen, Lebensmittel, Kleider, Hüte, Stoffe, Schuhe, Seilen, Dese und viele andere deutsche Erzeugnisse“. Es wird bemerkt, daß es sich fast durchweg um neue, versandfertige Ware handle.

Württemberg

Stuttgart, 22. Juli. Das Stuttgarter Waisenhaus. Der Finanzausschuß des Landtags hat einstimmig einen Antrag des Reichsrichters Abg. Dr. Fürst (D.D.) angenommen, der die Streitfrage über die Verwendung des alten Waisenhauses in Stuttgart in glücklicher Weise löst. Nach dem Antrag wird ein Teil des Waisenhauses, nämlich der Flügel am Kartplatz und mindestens zwei Drittel des Flügels an der Manie unter Ausrechterhaltung des staatlichen Eigentums dem Deutschen Auslandsinstitut überlassen. Die Pläne zum Umbau müssen im Einvernehmen mit der Regierung festgesetzt werden und das Auslandsinstitut muß sich verpflichten, nach demjenigen Teil des Gebäudes, und zwar zuerst, umzubauen, der vom Staat für die Unterbringung der Landespolizei vorbehalten wird. Das Institut hat zuzusichern, daß es über einen erheblichen Teil der zum Umbau erforderlichen Mittel schon jetzt verfügt. Sollten dem Institut die Baumittel ausgehen oder sollte es überhaupt ausfallen, so fällt das Gesamtgebäude ohne Ersatzpflicht wieder an den Staat zurück.

Der württ. Arbeitsmarkt hat im 2. Vierteljahr 1923 eine leichte Besserung erfahren. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen betrug im Juli 2900, gegen 4500 am 1. Mai, 3000 am 1. April und 700 am 1. April 1922. Unverändert schlecht ist die Lage im großhändlichen und im Bekleidungs-gewerbe, wo die hohen Papier- und Stoffpreise eine verhängnisvolle Rolle spielen. Dagegen sind Dienstboten kaum zu bekommen; alles nicht in die Hand.

Stuttgart, 22. Juli. Die Leiden der Ausgewiesenen. Die aus dem Saargebiet ausgewiesenen Eisenbahner, die zu vorübergehendem Aufenthalt hier anlangen, klagten über die brutale Behandlung, die sie mit ihren Familien bei der Verbringung ins unbesetzte Gebiet zu erdulden hatten. Als sie aus Garmen nach achtstündiger Fahrt und kaum erträglicher Hitze nachmittags 4 Uhr in Robenz anlangen, wurden sie nicht weitergebracht, sondern mußten die Nacht in den durchgelaufenen Eisenbahnwagen auf dem Bahnhof verbringen. Die Bahnhofsleitung schätzte die Frauen nicht vor den schamlosen Jandringschleichen der braunen Bahnhofsweihen. Am nächsten Tage endlich konnte die Reise fortgesetzt werden und mit dem Gefühl der Erlösung begrüßte man das unbesetzte deutsche Gebiet, wo die Vertriebenen und auch ihre Frauen und Kinder vor den Peinlichkeiten und Kolbenstößen sicher waren.

Aufhebung eines Versammlungsverbotes. Der „Staatsanzeiger“ veröffentlicht die Bekanntmachung, daß das am 12. Dezember v. J. erlassene Verbot nationalsozialistischer Versammlungen durch Verfügung des württ. Ministeriums des Innern aufgehoben worden ist.

Ein Milliardenangebot. Vor dem Landgericht Stuttgart kommt in den nächsten Tagen die Schadenersatzklage des Privatgelehrten Prof. Wempe in Oldenburg gegen die württ. Finanzverwaltung zur Verhandlung. Wempe hatte, wie seinerzeit berichtet, sich entschlossen, 453 Milligramm Radium, das er von dem Radium-Entdecker Curie in Paris einst zum Geschenk erhalten, in die Schweiz zu verkaufen. Die Sendung wurde jedoch in Stuttgart, wo die Uebergabe vor zwei Jahren stattgefunden sollte, beschlagnahmt. Ein Polizeispitzel stellte sich auf Grund falscher Bankausweise als der angebliche Käufer aus der Schweiz vor und nahm die Ware weg. Wempe klagte auf Herausgabe, die vom Reichsgericht auch verfügt wurde. Als aber das Paket, das die württemb.

Finanzverwaltung in Verwahrung genommen hatte, ausgeliefert wurde, waren nur 3,6 Milligramm vorhanden. Die Finanzverwaltung behauptet nun, es seien überhaupt nicht mehr Gramm in dem Paket gewesen. Wempe dagegen macht die Verwaltung für den Verlust von über 11 Milliarden Mark verantwortlich.

Wilhelma-Gewächshäuser. Die „Victoria regia“ hat sich heute nacht wieder erstmals entfaltet. Dies wird sich wiederum alle fünf bis sechs Tage bis Mitte September wiederholen. Viel Interesse finden zurzeit auch die prächtigen verschiedenfarbigen Seerosen der Wilhelma.

Der 4. Verbandstag des Reichsbunds deutscher Eisenbahner-Kriegsteilnehmer findet am 3. und 4. August im Karmelitenbräu in Regensburg statt.

ep. Ausbreitung des Christentums in Ostindien. Nach der Volkszählung von 1921 lebte in Britisch-Indien eine Bevölkerung von 319 Millionen. Das verhältnismäßig langsame Wachstum von nur 1 1/2 v. h. während des letzten Jahrzehnts ist zum Teil auf die Grippe zurückzuführen, die 8 Millionen Menschen zum Opfer fielen. Die Zahl der Christen dagegen stieg um 20 v. h.; sie betrug 475 000. Das Gewicht fällt dabei nicht nur das bessere hygienische Verhalten der christlichen Bevölkerung, sondern vor allem auch der starke Erfolg der christlichen Missionsarbeit namentlich die Massenbewegungen hin zum Christentum unter den Kastenlosen.

Haar auf Beisemarken. Die französische Postverwaltung beschäftigt die Herstellung neuer Beisemarken, und zwar mit Bildern der im Krieg verwüsteten Städte Ost- und Westfrankreichs.

Mm, 22. Juli. Diebstahl. Eine in Esslingen wohnende Lednerin wurde in einer hiesigen Modewarengegend beim Diebstahl erwischt. In ihrer Wohnung fand man ein ganzes Lager gestohlener Waren. Auch die Mutter wurde in Haft genommen.

Chingen a. D., 22. Juli. Brand. In Gnnahofen ist das Anwesen des Bauern Dick m'solge Kurzschlusses vollständig abgebrannt. Mit knapper Not konnte nur das Vieh gerettet werden.

Hergentheim, 21. Juli. Der Rennwagen. Die Durchfahrt der Autos und Motorräder anlässlich der Reichsfahrt des Abg. Deutschen Automobil-Klubs dauerte am Donnerstag bis in den Nachmittag hinein. Von den Motorrädern hatte eines in Stuppach eine starke Panne und mußte mit Fuhrwerk zurück nach Hergentheim gebracht werden. Ein heftiger Augenstich entstand bei der Durchfahrt der Wagen. Gleich nach St. Rudolph begann das Renntempo. Bei einer beschleunigten Ueberholung kamen dort zwei Wagen bei unzureichendem Staud und das Vorderrad auf gleiche Höhe der Straße. Nur durch rasches und kühnes Ausweichen und Halten des Führers des letzten ist ein Unglück verhindert worden.

Mühlungen, 22. Juli. Jagdverbot. Anlässlich der Anwesenheit des Oberst der Hierosolimita, General v. Seidl, fand am Freitag abends Jagdverbot im Lager statt, angeordnet von den Spielzeugen und Wäffern des bayerischen Infanterie-Regiments 20.

Regelsweiler, 21. Juli. Laupheim, 21. Juli. Märcheleristung. Der Wirt der 60er Jahre lebende Priestermann Johann Hald ist zu Fuß von Regelsweiler zum Deutschen Turnfest nach Mühlungen marschiert. In drei Tagen legte er den Weg von etwa 120 Kilometern zurück. Vorherigen Mittwoch zwischen 4 und 5 Uhr früh machte er sich auf den Weg (über Mühlhausen-Kreuzbach usw.), um am Abend auf einem Bauernhof bei Markt Wald Rast zu machen. Bei Tagesanbruch ging weiter bis nach Kloster St. Dillen bei Gellendorf, wo zum zweitenmal übernachtet wurde. Der folgende Tag war ein Rasttag, der zum Belohnen in der Nähe mohnender Verwandten benutzt wurde. Am Samstag ging frühzeitig mit dem Endziel Mühlungen zu, wo der Marschluftige abends wohlbehalten anlangte.

Waldburg, 21. Ravensburg, 20. Juli. Eine Seltenheit. In dem Garten des Paul König in Rosfeld steht ein Birnbaum in schönster Blüte. In demselben Baum hing bereits auch die gereifte Frucht.

Vom Bodensee, 22. Juli. Schwimmlistung. Der Dauerschwimmer Kemmerich, der am Donnerstag nachmittag ohne Begleitboot von Romanshorn nach Friedrichshafen zu schwimmen unternahm, ist abends halb 11 Uhr glücklich in Friedrichshafen angekommen. Er hat die 13 Kilometer lange Strecke in ungefahr 8 Stunden zurückgelegt. Von einem am 6 Uhr abends ausgebrochenen Gewittersturm war der Schwimmer eine beträchtliche Strecke abgetrieben worden.

Erzshelm Hk. Biberach, 22. Juli. Einbruch. In dem Ausfuhr- und Uebervarengegend von Konstanzen Vogel wurden durch Einbruch Waren von hohem Wert gestohlen. Das ist in kurzer Zeit der dritte schwere Einbruch in dieser Gegend.

Württemberg

Stuttgart, 22. Juli. 100. Sitzung. Der Landtag erledigt das Diätengesetz und fördert dann die zweite Beratung des Nachtragsetats, soweit er die verschiedenen Kapitel über das Arbeits- und Ernährungsministerium umfaßt. Der loann. Abg. Sirtter setzte sich mit der Regierung, besonders mit der Polizei wegen der Verfolgung der Kommunisten und besonders der Süddeutschen Arbeiterzeitung auseinander. Der Minister des Innern v. Holz nahm die Beamten gegen die Ausfälle des Redners energisch in Schutz und erwiderte dem nächsten Redner, Abg. Bickes (D.B.) auf seine Beschwerden über die Ausbildung der „Heilbronner Sonntagsschule“ und der Ludwigsburger „Menschheit“ mit ihren großenteils von dem Münchner Professor Förster gelehrten, auf den Kampf an der Ruhr dochschloßartig wirkenden Artikeln, daß ihm zu seinem Bedauern die freihetlichen Verfassungsbestimmungen ein Einschreiten erlaubten. Staatsrat K. u., der derzeitige Leiter des Arbeits- und Ernährungsministeriums, hielt eine Programmrede zu Gunsten des Arbeitsfriedens, wertbeständiger Löhne und sozialer Ausgleichsmittel. Er sagte namentlich ein schärferes Vorgehen gegen Wucher und Freistreiberei zu. Abg. Andre (Str.) empfahl den Wucher bei seiner Wurzel in den Großbanken und Spandaten zu fassen. Nach einer Reihe weiterer Bemerkungen betrat Abg. Roth (D.B.), Bengler (Str.) und Baumgärtner (D.B.) die Weiterberatung auf Dienstag nachmittag 4 Uhr vertagt.



Hundert Jahre Taubstummepflege

ep. Die Paulinepflege in Binnenden, Rettungsanstalt Taubstummengruppen und Heim für erwachsene Taubstumme, vollendet demnächst das 100. Jahr ihres Bestehens. In schwerer Zeit, der untern Ära, ist sie hervorgegangen aus den edlen Bestrebungen warmherziger christlicher Menschenfreunde in Binnenden, die unter Führung des Helfers Heim sich zusammenschlossen, um der Not der vielen verlassen und verwahrlosten Kinder zu steuern, die damals beliedelt und stehend herumzogen. Am 6. August 1822 zog ein Hausvater mit 11 Kindern ein in das Haus, das jetzt noch die Rettungsanstalt der Paulinepflege bildet. Aber aus dem kleinen Anfang hat sich ein großes Werk der Liebe entwickelt, das namentlich auch durch die edle Königin Pauline ihren Namen es trägt, gefördert wurde. Unter den zuerst aufgenommenen Kindern befanden sich etliche Taubstumme die besonders unterrichtet werden mußten. Ihre Zahl mehrte sich; schon nach kurzer Zeit brauchten sie einen eigenen Lehrer und nach 13 Jahren ein eigenes Haus. So entstand neben der Rettungsanstalt die Taubstummengruppe. Unter den der Schule entwachsenen taubstummen Kindern waren aber manche, die keine Heimat hatten. Bald zeigte sich darum das Bedürfnis, für sie ein Heim zu schaffen, wo sie bleiben oder durch Erwerbung eines Berufs instand gesetzt werden könnten, sich selber durchs Leben zu bringen. Aus diesem Bedürfnis ist das Taubstummenheim hervorgegangen im Jahr 1878 in vorläufiger, 1906 in endgültiger Gestalt. Das was das erste derartige Heim in Deutschland und ist in Württemberg auch das einzige geblieben; es enthält eine Schneiderei Schuhmacherei, Büchsenbinderei, Korbmacherei und Nähhütte Die Zahl der Hörsinger und Pfleglinge in den verschiedenen Anstalten beträgt nunmehr 170—180; während ihres Bestehens sind durch die Paulinepflege rund 2500 Pfleglinge hindurchgegangen. Von ihnen sind etwa 58 v. H. brauchbar für tätige Leben geworden, mehr als die Hälfte sogar reichlich. Dabei wurde die Anstalt einst ohne jedes eigene Vermögen begonnen; nicht einmal das Haus, in das der erste Hausvater mit seinen Schülern einzog, war ihr Eigentum. Auch jetzt noch muß trotz eines Grundstücks an Wiesen und Feldern das Brot für 10—11 Monate des Jahres gekauft werden. In ihrem Jubeljahr liegen infolge der traurigen Zeit verhältnismäßig auf der Anstalt 15 Millionen Mark Schulden. Sie hofft, daß die Freunde der ohne diese Anstalt der Bewahrung preisgegebenen Taubstummen auf das Jubelfest, das am 25. und 26. August stattfinden soll, diese in Form eines sorgenreichen Jubiläumsgeschenks unerhörte Sorgen löst ihr erleichtert werden.

Aus Stadt und Bezirk.

Kauald, den 23. Juli 1923.

Zur Beachtung unserer Leser. Wir machen die Leser, welche den „Gesellschaft“ auch die Post oder den Briefträger des Monats August beim Postboten oder Briefträger sofort bestellen müssen, wenn keine Unterbrechung in der Zustellung eintreten soll.

Die neuen Postgebühren, die vom 1. August an im Post-, Telegraphen- und Fernsprechnetz gelten, sind in der heutigen Ausgabe des „Gesellschaft“ zu finden.

Vom Rathaus. Gemeinderatsitzung vom 19. d. M. Im Anlaß des 6. Jahresberichtes der Kreisregierung vom 10. Juli 1923 Nr. 5197, wonach die Wiederwahl des Stadtschultheißen Maier bestätigt wurde. Dem neuen Stadtschultheißen Maier sollte den Beiräten und Mitgliedern der Wahlkommissionen wird für die mit dem 1. Juli ablaufende Verwaltungsdauer der Post zum Abschluß gebracht. — In der Sitzung der Ortsarmenbehörde wurde nach Erlösung von Einzelfällen der Voraussetzungen — richtiger das Armenverwaltungs der Armenpflege für das Rechnungsjahr 1922 festgestellt mit einem Abmangel von 1,7 Millionen Mark, der in den Hauptantrag einzuwickeln ist. Die noch vorhandenen Mittelposten von rd. 25000 M. sollen abgefordert werden, da sich die mit der Bewahrung und Bewahrung verbundene Mühe bei der Erfüllung der Pflichten nicht mehr vertiert. — Wie sich die Wirtschaft auswirkt, zeigt der Bericht der Stadtschultheißen, die an Erträgen aus dem Wirtschaftsjahr 1. Okt. 1921/30 Sp. 1922 7724985 M. ausweist, während die dem im Rechnungsjahr 1. April 1922/30 März 1923 zu bedingenden Ausgaben 10150000 M. betragen, so daß sich ein rechnerischer Abmangel von 2425015 M. ergibt. Dieses ungewöhnliche Ergebnis ist darauf zu führen, daß nach den Holzpreisen im Winter 1921/22 die Erzeugung des Brennholzes einleuchtend und mit den Gelden die wesentlichen gesteigerten Ausgaben bestritten werden mußten. Wenn eine solche Anomalie der Wirtschaftslage vorliegt, die sich aber vorübergehend durch den Einfluß der Holzpreise zu erklären, daß man das Holz das ganze Jahr hindurch nach Bedarf schneidet und zum Verkauf bringt. Auch auf geprüft werden, ob das Wirtschaftsjahr nicht zugleich auch Holzjahr sein kann, d. h. die Erträge eines 12-monatlichen Jahres zum Vergleich der Ausgaben genau für den gleichen Zeitraum verwendet werden können. — Bei dem großen Mangel an Waldholz können Vorräte von mehr als 2 Stück Holz zum Holzjahr nicht mehr zugelassen werden. Abgebaut werden an Holz 1000000 M. und an Holz von 1 u. 2 Stück Holz von 2000 M. Die Steuern von den Besitzern selbst aufzubringen, wozu sie eine Person zu stellen haben. Der Holzpreis in der Lage ist, hat den taxierten Stundenlohn für die Holzarbeiter zu erhöhen. Als Preis für die Abgabe von 1 M. gilt der Erzeugerpreis von 4 Stk Holz am Tag der Abgabe. — Für die demnächst folgenden 50 Reisenden wird eine Geld-Bürgergabe von 25000 M. festgelegt. — Die letzte Brennholzlieferung ist am nächsten Montag statt, während die Holzpreise in der ersten Hälfte des Monats folgen kann. In Obert. war dieses Frühjahr davon die Rede, eventuell nach Verlesung der Brennholzlieferung mit den Holzpreisen 2 M. Brennholz noch einen dritten Meier auszugeben. Für diesen sollte, da er nur durch Aufbereitung von Holz zu Brennholz gewonnen werden kann, der Holzpreis zu verlangen werden. Seit den damaligen hohen Holzpreisen sind aber grundlegenden Veränderungen eingetreten. Da aller Voraussicht nach die Brennholzlieferung

in dem nächsten Jahr noch schwieriger wird, schlägt die Holzverwaltung vor, vom 3. Km. zunächst abzusehen und lieber eine Holzlieferung für das kommende Wirtschaftsjahr anzulegen und sich weiter zu bemühen Holz und Holz herbeizubekommen. Der Gemeinderat hat von dieser Sachlage mit gemäßigten Gefühlen Kenntnis genommen und er hätte gerne die Erzeugungsvorgänge verwirklicht; aber unter der Bedingung der Zulassung bleibt bedauerlicherweise nichts anderes übrig, als die Ausgabe des 3. Km. zurückzustellen und eine möglichst große Reserve für neue Wirtschaftsjahr zu schaffen, wozu auch möglichst die Anschaffung von Holz zu fördern. — Durch Vereinbarung mit dem Schwalbepächter ist die Weidpacht für heuer infolge der Geldentwertung auf 40 Millionen Mark erhöht worden, die sofort zu bezahlen sind. — Die Schwalben werden z. Teil unbesetzt in den Stadtwaldungen, wodurch erheblicher Schaden entsteht. Die betr. Schwalben werden zum Schadenersatz herangezogen und künftig streng überwacht. — Auf den Empirich des Gemeinderats gegen die Beseitigung der Schranken am Wolfbergübergang für die Nebenbahn nach Astenfeld hat die Eisenbahndirektion im Auftrage der Reichsbahndirektion geantwortet, daß die Beseitigung aus wirtschaftlichen Gründen geboten sei und daß, nachdem der Einspruch bezüglich des Ueberzuges erbreitet und die Ueberführbarkeit auf eine genügende Länge festgestellt sei und die Fahrgeschwindigkeit bei der Talbahn auf 5 km/ Stunde ermäßigt werde, gegen den Wegfall der Schranken keine Bedenken bestehen. — Die Löhne der Waldarbeiter sind ab 2. Juli um etwa 95 Prozent erhöht worden, ebenso die Erwerbsloszuschüsse der Angestellten und Beamten. — Der Frischmilchpreis beim Erzeuger beträgt ab 16. Juli 2500 M. für das Liter. Der Kleinverkaufspreis in der Sommerzeit ist auf 3200 M. festgesetzt. — Das Elektrizitätsgesetz, das sich der für Juli vorgesehene Preis von 2000 M. für die Licht- und 1500 M. für die Kraft- und St. nicht halten lassen und zum allermindesten 3000 M. für Licht und 3000 M. für Kraft angelegt werden müssen. Dem Obert. ist zu hoffen, daß der geringe Unterschied zwischen Licht- und Kraft auf und es soll das Wert um Aufklärung geboten werden. — Eine Reihe kleinerer Gegenstände und die üblichen Wohnungssachen bildeten den Inhalt der öffentlichen Sitzung.

Allerlei

Der Turnstörche in München. Vom 12. bis 16. Juli sind im Münchener Hauptbahnhof 1425 Störche, darunter 141 Turner-Sonderzüge, 8 Ferienzüge und 77 Doppelzüge, eingelaufen. Die Zahl der antkommenden Reisenden belief sich auf 834 700, darunter 217 500 mit den Turnern. Insgesamt hatte der Hauptbahnhof einen Verkehr von 1 788 000 Reisenden für Ankunft und Abfahrt. Am Hauptbahnhof wurden 5436 Millionen Mark vereinnahmt und an den folgenden Tagen floss über eine Milliarde Mark.

Zeltgewäch. Die Besichtigung des bayerischen Schlosses Lindersdorf kostet jetzt für Ausländer 100 000 M., für Deutsche 30 000 M., für Reichsdeutsche, sofern sie sich durch Ausweispapiere legitimieren können, 15 000 M.

Berlin unter Hausherren. Durch die Ablehnung des städtischen Haushaltsplans und durch den Widerspruch einer kleinen Minderheit gegen eine nochmalige Abstimmung über den Haushalt ist es glücklicherweise gekommen, daß der Oberpräsident der Provinz Brandenburg als geschäftsmäßige Aufsichtsinstitution eingreifen und die Ausgaben und Einnahmen der Stadt Berlin nach eigenem Ermessen feststellen muß. Das ist ein Vorgang, der bisher noch nie eingetreten ist.

Freiwilliger Tod. In Herching am Ammersee ist ein Kahn mit zwei Leuten angefahren worden. Es handelt sich um den Studenten Otto Spröffer aus Württemberg und um Fräulein Luise Rothmann.

Wunderkind. Dem Bauern Brück in Altenhausen (Schwarzen) wurde ein Kind geboren, das ein Gemisch von 13 Pfund 13 Zehen, 11 Finger und 3 Nöbne hat.

Der Kronprinz trat gegen den preussischen Staat. Beim Landgericht Dels in Schlesien hat der Kronprinz eine Klage gegen den preussischen Finanzminister als Vertreter des preussischen Staats auf Feststellung seines Eigentums und der Herrschaft Dels in besonderer angehängt. Das gesamte Privatvermögen des früheren Königs war in der Revolution beschlagnahmt worden. Im Januar 1919 wurde eine Staatkommission zur Prüfung des Privatvermögens gebildet, die im Januar 1920 unter dem sozialistischen Finanzminister Edelmann zu einem Bericht führte. Darin wurde u. a. die Herrschaft Dels als Eigentum des Kronprinzen anerkannt. Die preussische verfassunggebende Landesversammlung verweigerte jedoch aus politischen Gründen die Anerkennung und Edelmann mußte zurücktreten. Sein Nachfolger, der radikale Minister Ademann, erhielt von der Mehrheit der Landesversammlung den Auftrag, die Auseinandersetzung nicht nach Rechts-, sondern nach politischen Grundsätzen durchzuführen. Da dieser Befehl gegen die Reichsverfassung verstößt, hat die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag durch den Abg. Müller-Frank den Antrag eingebracht, den Reichsverfassungsrat, nach dem alle Deutsche vor dem Gesetz gleich sind und das Privatvermögen gewährleistet wird, für die vormals regierenden deutschen Fürstentümer aufzuheben werden solle. Angeht dieses Antrags hat der Kronprinz sich veranlaßt gesehen, die gerichtliche Entscheidung anzufordern.

Eine Landplage im Osten Frankreichs. Der Pariser „Matin“ berichtet, infolge des milden Winters hatten sich im Osten Frankreichs, in der Umgebung von Nancy und in den Departements Meurthe et Moselle, Meuse, Haute-Marne die Waldmäuse sehr vermehrt, daß sie ganze Gärten und Roggenfelder in Hecken an Ausdehnung zerstören. Sie machen zu Tausenden des Nachts Überfälle auf die Bäume, klettern an den Holmen empor und beissen die Ähren ab, deren Ähren sie in ihre Winterlager nach dem Walde schleppen. Der Leiter der zoologischen Arbeiten an der Universität Nancy, Vignart, der das aus eigenem Angesehen berichtet, beklagt in dem Zusammenhang die sinnlose Vertilgung der Fleischesser und Raubvögel, die man in den letzten Jahren betrieben habe. Wärdter, Wiesel und Füchse, Bussard, Eule und Uhu seien das beste Gegengewicht gegen die Rager, die das Gleichgewicht im Haushalt der Natur aufrechterhalten. — Die Waldmäuse ist eine große Art, bis 20 Zentimeter groß, oben rotbraun, unten weiß

Die neuen Postgebühren ab 1. August

Auschnitten!
Inland:

Postkarten im Dreierheft 200 M., Fernverkehr 400 M.
Briefe im Dreierheft bis 20 Gr. 400 M., über 20—100 Gr. 600 M., 100—250 Gr. 1000 M., 250—500 Gr. 1200 M., Fernverkehr: bis 20 Gr. 1000 M., über 20—100 Gr. 1200 M., 100—250 Gr. 1500 M., 250—500 Gr. 1800 M. (Für nicht oder unzureichend freigemachte Postkarten und Briefe wird das Einheitsmaß des Fehlbetrages, unter Aufrundung auf eine durch 10 teilbare Marksumme, nachgehoben.)

Drucksachen: bis 25 Gr. 200 M., über 25—50 Gr. 400 M., 50—100 Gr. 600 M., 100—250 Gr. 1000 M., 250—500 Gr. 1200 M., 500 Gr. bis 1 Kg. 1500 M., 1—2 Kg. (nur für einzeln versandte, ungeteilte Druckbände zulässig) 1800 M.

Geschäftspapiere und Briefsendungen: bis 250 Gr. 1000 M., über 250—500 Gr. 1200 M., 500 Gr. bis 1 Kg. 1500 M.

Warenproben: bis 100 Gr. 600 M., über 100—250 Gr. 1000 M., 250—500 Gr. 1200 M. (Nicht freigemachte Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenproben werden nicht befördert. Für unzureichend freigemachte Sendungen dieser Art wird das Einheitsmaß des Fehlbetrages, unter Aufrundung auf eine durch 10 teilbare Marksumme, nachgehoben.)

Päckchen: bis 1 Kg. 2000 M.

Pakete: in 1. Zone (bis 75 Km.) bis 3 Kg. 2400 M., 2. Zone (über 75—375 Km.) 4800 M., 3. Zone (über 375 Km.) 4800 M., über 3—5 Kg. 3600 M., 7200 M., 7200 M., über 5 bis 6 Kg. 4200, 8400, 12 600 M., über 6—7 Kg. 4800, 9600, 14 400 M., über 7—8 Kg. 5400, 10 800, 16 200 M. usw., über 19—20 Kg. 15 600, 31 200, 46 800 M.

Zeitungspakete bis 5 Kg. 1800, 3600, 3600 M.

Postanweisungen: bis 10 000 M. 800 M., über 10 000 bis 50 000 M. 1000 M., über 50 000—100 000 M. 1200 M., über 100 000—200 000 M. 1800 M., über 200 000—1 000 000 M. 2800 M.

Die Einschreibgebühr ist auf 1000 M. die Vorzugsgebühr für Nachnahmen und Postaufträge auf 500 M. festgesetzt.

Für die eingezahlte Zahlarten: bis 10 000 M. 200 M., über 10 000—50 000 M. 250 M., über 50 000—100 000 M. 300 M., über 100 000—200 000 M. 450 M., über 200 000 bis 2 000 000 M. 1500 M., über 2 000 000 M. unbefristet 2000 M. für bargeldlos bezahlte Zahlarten dieselbe Gebühr, höchstens jedoch 1000 M. für eine Zahlarte.

Telegraphenverkehr: Ferntelegramme: Grundgebühr 1000 M., und außerdem für jedes Wort 800 M.

Die Inlandsgebühren für Briefsendungen, Wertsendungen und Postanweisungen gelten auch nach dem Saargebiet (jedoch Päckchen nicht zugelassen) ferner nach dem Gebiet der Freien Stadt Danzig, wozu auch Pakete zu den Inlandsgebühren versandt werden können. (Für Pakete nach dem Saargebiet besondere Gebühren.) Die Inlandsgebühren für Briefsendungen gelten ferner nach Luxemburg, Kantongebiet und Österreich (Päckchen nach Luxemburg und Österreich nicht zugelassen).

Fernsprechgebühren: Die Jahres-Grundgebühren für einen Fernsprech-Hauptanschluß bleiben bis Ende September unverändert: ein Ortsgespräch bis 5 Kilometer von einer Teilnehmerstelle aus 500 M., öffentlichen Sprechstelle aus 1000 M., von mehr als 5—15 Km. 1500 M., 15—25 Km. 2500 M., 25—50 Km. 5000 M., 50—100 Km. 7500 M., für jede weitere angefangenen 100 Km. mehr 3000 M. Die Teilnehmer können ihre Einrichtungen aus Anlaß der Gebührenerhöhung auf den 31. Juli oder 30. September 1923 kündigen.

Ausland:

für Postkarten	1800 M.
jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei	1400 M.
für Briefe bis 20 g.	3000 M.
jede weiteren 20 g. (Reichtgewicht 2 kg)	1500 M.
jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei	2400 M.
bis 20 g.	1500 M.
jede weiteren 20 g.	600 M.
für Drucksachen für je 50 g.	300 M.
für Blindenschriftsendungen für je 500 g.	300 M.
(Reichtgewicht 3 kg)	
jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei	
für je 1 kg	1 M.
für Geschäftspapiere für je 50 g.	600 M.
mindestens	3000 M.
für Warenproben für je 50 g.	600 M.
mindestens	1200 M.
Einschreibgebühr für Briefsendungen	6000 M.
Einschreibgebühr	1000 M.
Rücksendungsgebühr	1000 M.
Vorzugsgebühr für Nachnahmen auf Briefsendungen (vom Absender zu entrichten)	600 M.
Gewichtsgebühr für Wertsendungen für je 50 g.	1200 M.
(dazu Einschreibgebühr von 1000 M.)	
mindestens	6000 M.
Versicherungsgebühr für Wertbriefe und Wertpäckchen für je 600 000 M.	1000 M.
Postanweisungsgebühr bis 200 000 M.	2000 M.
über 200 000 bis 400 000 M.	4000 M.
jede weiteren 400 000 M.	2000 M.
jedoch nach England, den britischen Kolonien und den britischen Postanstalten im Ausland	
für jede weiteren 400 000 M.	4000 M.
Rücknahmegebühr für Pakete 2000 M. für je 200 000 M. des Rücknahmebetrags.	

lebt am Rand der Wälder in ganz Europa und Mittelasien und ist im Springen und Klettern sehr gewandt. Gewöhnlich ist ihr Schaden nicht besonders groß.

Sonnen- und Luftbäder

Die Sonne, die große Wärme- und Lebenspenderin, ihre heilungsanregenden Strahlen, ihre keimtötende Fähigkeit, bildet heute wider einen schwer zu missenden Bestandteil der heilenden Heilweise. Dem Gelenden zur Bewahrung, dem Kranken zur Heilung wird heute Sonne verordnet. Für Kinder zumal ist Licht und Luft tausendmal wichtiger und för-

vernäpfer als aller Hebertran und andere die Entwicklung begünstigenden Mittel.

Die schönsten Erfolge der Sonnenbehandlung werden aus den Hochalpen berichtet. Hier unterliegt die dünnere Luft die Einwirkung des Sonnenlichts. Den meisten Menschen fehlen Zeit und Mittel, um diese Orte aufzusuchen. Das ist auch nicht nötig. Jede Stadt bietet die Möglichkeit, nach Wunsch Luft- und Sonnenbäder zu nehmen. Es gibt überall private Sonnenbäder; sie verdienen Unterstützung. Aufgabe der Stadterwartungen ist es jedoch, wie Volksschwimmbäder, so auch Luft- und Sonnenbäder einzurichten. Die Mutter kann den Säugling im Wagen auf den besonnten Balkon stellen, oder an das offene Fenster, durch das die Sonne scheint. Die kleinen Kinder sollen am Spielplatz der nächsten Anlage sich beschäftigen. Der Kranke, der Genesende lasse — soweit ärztliche Anordnung damit einverstanden ist — seinen Stuhl ans Fenster schieben, um den heilspendenden Strahl zu nützen.

Die eigentlichen Sonnenbäder werden in unbedecktem, wenig besonntem Zustand genommen. Die Einwirkung der Sonnenstrahlen auf die Haut ist sehr stark. Der unbedeckte Körper darf der Sonne nicht zu lange ausgelegt werden, langsame Gewöhnung ist nötig. Ein Körper, der monatelang nicht der freien Sonne ausgelegt war, kann nicht plötzlich eine Stunde besonnt werden, ohne Schädigung zu erleiden. Eine bestimmte Zeitdauer des Sonnenbades kann nicht vorgeschrieben werden. Das hängt von der einzelnen Persönlichkeit ab, von dem Alter, von der Gewöhnung, 10 bis 15 Minuten in windstillen Sonnenbad sind anfangs vollkommen hinreichend. Allmähliche Steigerung ist möglich. Sobald die ersten Zeichen von Unbehagen, namentlich Herzklopfen, Schwindel, Bläuen vor den Augen, Schwindelgefühl, auftreten, ist das ein Zeichen, daß die natürliche Grenze überschritten ist. Nicht nach der Uhr muß man sich richten, sondern nach diesen Zeichen. Man muß sich immer wohl und behaglich fühlen. Es darf keine Gewalttat sein.

Wechseln der Lage ist empfehlenswert, damit gleichmäßige Besonnung aller Körperstellen eintritt. Die Pigmentbildung in der Haut, die Bräunung, ist ein Schutzmittel gegen zu starke Wirkung der Bestrahlung. Sie tritt bei vielen Menschen langsam und wenig stark auf, bei anderen in kurzer Zeit auffallend stark. Ein Anzeichen für größeren oder geringeren Grad von Gesundheit, wie man oft mutmaßen hört, bildet diese Erscheinung nicht. Allzu lange Besonnung einer Hautstelle kann Verbrennungen hervorrufen, die sich erst in Rötungen, später in Blasenbildung mit heftigen Schmerzen äußern („Blasenbrand“). Es kommt vor, daß bei Nichtgewöhnung ein allzu junges Sonnenbad zunächst gar keine weiteren Beschwerden macht, und erst am Nachmittag oder am nächsten Tage treten die Verbrennungsercheinungen, verbunden mit Fieber, auf. Rasche Heilung tritt meist ein bei Trockenhalten

der Hautstellen. Einpudern (Talkpuderver), Salbenbehandlung. Heftigere Grade erfordern ärztliche Behandlung. Unmittelbare Einwirkung der Sonnenstrahlen durch die Schädeldede hindurch auf das Gehirn muß vermieden werden. Ein Sonnenstich, d. h. eine Blutüberfüllung des Gehirns mit schweren Folgen, Ohnmacht usw. kann sonst eintreten. Im Sonnenbad ist drum der Kopf zu bedecken, sei es durch ein Tuch, einen Hut oder was sonst. Wenn man im Sonnenbad liegt, muß die Backseite im Schatten sein. Das grelle Licht der besonnten Seite schadet den Augen und ruft Entzündungsercheinungen und Augenschmerzen hervor.

Im Luftbad fällt die Sonnenwirkung fort. Es wird zur Anregung der Hauttätigkeit, zur Abhärtung, auch an sonnenfreien Tagen, auch im Schatten genommen. Hier sind Bewegungen die wichtige Ergänzung des Bades; Laufen, Turnen, Spielen, Reiben der Haut, Kältegefühl oder Schauer darf nicht auftreten, sonst müssen energische Bewegungen durchgeführt oder das Luftbad abgebrochen werden. Ein Luft-Sonnenbad, verbunden mit Bewegung, ist beim Genesenden dem reinen Liege Sonnenbad im allgemeinen bei weitem vorzuziehen.

Am günstigsten ist eine Verbindung von Wasser- und Sonnenbad. Die Vorteile zweier gesundheitsfördernder Elemente vereinigen sich hier. Der Wechsel von Wasser- und Sonne kann bei allmählicher Uebung mehrmals durchgeführt werden, ohne daß eine Schädigung eintritt. Auch hier zeigt das Blutgefäßsystem am feinsten die körperliche Belastung an: schädliche Uebertriebung offenbart sich meist zuerst durch Herzklopfen. Darauf muß man achten und darf nicht aus Bequemlichkeit am Spiel oder aus „Grundstücken“, wie es zuweilen geschieht, noch lange nach Verspüren unangenehmer Empfindungen weitermachen!

Ein reines Sonnenliegebad ist eine anstrengende Kur, die keineswegs jeder verträgt. Uebermaß hat schlechten Schlaf, Abmagerung und hochgradige Nervosität in reichem Gefolge. Was aber Uebermaß ist, das sagt keine Regel, das sagt nur das persönliche Befinden. Wohlbefinden muß nach der Besonnung eintreten, sonst war sie zu lange durchgeführt. Wer sich vor Schaden hüten will, darf auch von der Sonne im Bad nicht mehr genießen als er vertragen kann, als ihm wirkliches und anhaltendes Wohlbefinden verschafft.

Handelsnachrichten

Dollar Kurs am 21. Juli an der New Yorker Börse 335 910 (100 \$ 223). Der Wert von 1000 Mark in Pfennigen am 20. Juli: in Holland 2,4, Belgien 7,6, Norwegen 3,2, Dänemark 2,8, Schweden 1,9, Italien 8,7, London 2,0, Neuseeland 1,9, Paris 6,3, Schweiz 2,1, Spanien 2,4. Berliner Lebensmittelpreise (in 1000 Mark): Schweinefleisch 5, Dfl. 52-60, Kalbfleisch 36-45, Hammelfleisch 38-46, Rind-

fleisch 38-50, Kartoffeln (neu) 3,5-3,8, Butter 50-55, Schweinefleisch 39-40, Margarine 28-38, Eier 100 St. 480-520, Kaffee 1, Dfl. 80-110, Tee 90-150, Kakao 32-50, Zucker 3,8. Milch 4900 Mark d. L.

In Hamburg wurde der Preis für Butter im Kleinhandel auf 54 000 Mark d. Dfl., Einheit Markbrot (1900 Gr.) auf 11 500, Schwarzbrot 11 200 M., Milch 7000 M., Magermilch 3500 M. d. L. festgesetzt. Braunkohlenbriketts kosten 86 000 M. d. Dfl. frei Haus, ab Lager 71 000 Mark.

Berliner Getreidepreise am 21. Juli (in 1000 Mark): Weizen Roggen 710-690, Gerste —, Hafer 730-720, Weizenmehl 2200 bis 2000, Roggenmehl 1900-2100, Weizenkleine 410-420, Roggenkleine 420-430.

Freigabe von Spirit. Wie bereits gemeldet, werden für die Zeit vom 20. bis 31. Juli 40 v. S. zur Herstellung von Trinkbrandwein freigegeben.

Wannmeineinföhrlich. Die Bestände der Reichsmonopolverwaltung an unvorbelebtem Wannmeineinföhrlich liefen sich Anfang Juni 1923 auf 1 276 614 Hektoliter (Anfang Mai 1 022 541 Hektoliter). Der Gesamtbedarf betrug 1 127 799 Hektoliter (75 183 Hektoliter), der Gesamtzugang 176 400 Hl. (329 256 Hektol.), so daß der Bestand Ende Juni sich auf 1 340 305 Hektol. (1 276 614 Hektol.) stellte.

Vom Nürnbergger Hopfenmarkt. In letzter Woche sind die höchsten Preise für besterhandene Hopfen schon bis 18,5 Mill. Mk. für den Zentner gegangen und am Freitagsmarkt wurden etwas eines Sortens bereits 21 Millionen Mark gefordert. Die Lämmer der Woche betragen bis jetzt 50 Ballen, die Zufuhren 50 Ballen. Die Haltung ist infolge der immer noch guten Nachfrage bei äußerster Warenknappheit fortgesetzt ungemessen fest.

Süddeutscher Tabakmarkt, Mannheim, 20. Juli. Am Tabakmarkt hat der Witterungsanschlag keinerlei Einfluß gehabt. Die Preise ausländischer Tabaks fällt sozusagen weg, weshalb Inlandware meiste stark verlangt wird. Die Nachfrage nach Schneidetabak und Spartenabak hält an, zumal der Bedarf noch stark ist. Wippen bei steigenden Preisen gesucht. Die Niederschläge der Verleihenwoche haben den Anpflanzungen sehr zusetzen, so daß sich zumal bei den Pflanzungen wohl bald erholen werden, zumal das frugbare Wetter anhält.

Das Wetter

Der Hochdruck im Westen wandert nach Mitteleuropa und nimmt dort eine günstige Stellung ein. Am Dienstag ist Festigung des trockenen und warmen Wetters zu erwarten.

Blut und Nerven

müssen Sie gesund halten. Wir empfehlen Ihnen nämlich ein bis zwei kleine Gläschen des angenehmen schmeckenden **Sagitta Blut- und Nervenmittels** zu trinken. Sagitta Blut- und Nervenmittel wirkt blutbildend und nervenstärkend, ist für Nervenkranke das gerühmte Rückgratmittel. Sagitta Blut- und Nervenmittel ist in allen Apotheken erhältlich, Preis vorrätig: Apoth. Nagold.

Ämterliche Bekanntmachungen.

Das Ministerium des Innern hat mit Erlaß vom 9. Juli d. J., die von der Amtsvermittlung am 28. April d. J. beschlossene Aenderung der Satzung der Oberamts Sparkasse in § 7 Abs. 1 (Rundungssatz bei Zurückziehung von Einlageguthaben), § 15 a Abs. 1 und 2 (Auszahlung von Sparbüchern und Wertpapieren) und § 15 b (An- und Verkauf von Wertpapieren) genehmigt. Nagold, den 18. Juli 1923.

197 Oberamt: Müng.

Die Maul- und Klauenseuche ist weiter ausgebrochen im Gebiete des Friedrich Siegler, Gartenhalters und Traubenweins in Gresbach, des Georg Wäber, Bauers in Weiperweiler, Ode. Gresbach und der Christine Payer, ledig in Weiperweiler.

In den 15 km Umkreis dieser Seuchenbezirke fallen: Sämtliche Bewirten des Oberamtsbezirks mit Ausnahme von Schönbrunn, Efringen, Wildberg, Giltlingen, Ober- und Untertul.

Im Uebrigen gelten die gleichen Bestimmungen wie bei dem Fall in Weiper.

Nagold, den 18. Juli 1923. Oberamt: J. H. Schneider, stv. Amtmann.

Bekanntmachung betr. Eröffnung der landwirtschaftl. Winterschulen.

Sämtliche landwirtschaftl. Winterschulen des Landes werden in diesem Jahre am 5. November eröffnet. Die Anmeldung zur Aufnahme hat bis spätestens 15. September zu geschehen.

Nagold, den 21. Juli 1923. Oberamt: Müng.

Betr. Kohlenversorgung.

Durch die steigende Erhöhung der Kohlenpreise bitten wir die Kohlenhändler uns von jedem eintrifflenden Wagon Kohlen sofort zu verständigen, damit wir ihnen die richtigen Preise hierfür mitteilen können.

Gleichzeitig wird der Bevölkerung wiederholt dringend empfohlen, sich möglichst mit Auslandskohlen einzudecken.

Nagold, den 21. Juli 1923. Oberamt: Müng.

Der am Mittwoch, 25. Juli in Wildberg fällige Viehmarkt findet wegen Ausbruchs der Maul- und Klauenseuche nicht statt.

Nagold, 22. Juli 1923. J. H. Schneider, stv. Amtmann.

Nagold. 204

Löwentlichtspiele.

Am heutigen Montag abends punkt 8 Uhr

Büchse u. Lasso

III. Teil in 6 Akten, sowie das ergreifende Drama

Das Haus des Schreckens

in 5 großen Akten.

Zahltagstädtchen

mit und ohne Ausbruch liefert

G. W. Jaffer, Nagold.

BREMEN

AMERIKA OSTASIEN AUSTRALIEN

Regelmäßiger Personen- und Frachtverkehr mit eigenen Dampfern. Annehmliche verlässliche Unterbringung und Verpflegung für Reisende aller Klassen

Reisegespick-Versicherung

Höhere Auszahlung durch **NORDDDEUTSCHER LLOYD** BREMEN

und seine Vertretungen in Nagold: Weg & Schmidt, Marktstraße. In Stuttgart: Generalvertretung: Passagier-Bureau Rominger, Königstr. 13.

Ihre Verlobung geben bekannt:
Luise Dietsch
Gustav Martini
Juli 1923
Altensteig Stuttgart-Oberschwandorf

Zuckerabgabe
ab heute gegen Zuckermarke 9.
Durch die von den Zuckerfabriken verlangten Vorauszahlungen ist es notwendig, daß der Zucker von den Mitgliedern möglichst rasch abgeholt wird. Ohne Marken kann kein Zucker abgegeben werden. Wir verweisen noch nachdrücklich auf die oberamterliche Bekanntmachung und betragen den Mitgliedern zur Kenntnis, daß von uns auf die Zuckermarke 9 nach dem 4. August d. J. kein Zucker mehr abgegeben werden kann.
Konsum- und Sparverein Nagold u. Umg.
e. G. m. b. H.

DAS EINMACHEN

MIT ANHANG: HERSTELLUNG VON MARMELADEN, GELEES, FRUCHTSÄFTEN UND FRUCHTWEINEN VON DODA U. LENI BORMHART.
Vorrätig bei **Buchhandlung Zaiser, Nagold.**

ORION
ÖL-GESELLSCHAFT
M. B. H.
STUTTGART
Telephon 9822/23, 9828 Tel.-Adr: Orion
Orion Autoöle
Orion Maschinenöle
Heiss- u. Satteldampfzylinderöle
Benzin Benzol
Gasöl
Heiz- u. Treiböle
Tankanlage mit Gleisanschluss in Feuerbach

Vertreter für Nagold und Umgebung:
Alfred Reclam, Nagold
126 Tel. 101.

Wilhelm H. Rücker & Cie.
Baden-Baden
Telefon 784
Knochen-Leim
Misch-Leim
Leder-Leim
Schellack 938
Kocherhof.
Verkaufe ein 8 Monate altes 203

Rind

am Jakob-Freitag (Mittwoch den 25. d. M.) mittags 1/2 Uhr.
Wilhelm Luz
Bauer.

Gesucht
wird ins Forthaus nach Liebenzell, l. Familie (1 Kind), kräftiges, 15 bis 17jähriges 201

Mädchen
aus guter Familie. Köchlein bei Frau Fortweisser Vik Nagold.

Klavier- u. Harmoniumstimmer
kommt nach dort. Aufträge erbitet sofort an die Geschäftsst. v. Blattes.
Willy Sattler
Klaviermacher und Harmoniumstimmer
Pforzheim
G.-Poststr. 18. Tel. 1210.